

Präambel des Bebauungsplans
Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m.den §§ 10 und 58 des Nieders. Kommunalarbeitungs-Gesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 - jeweils in der Fassung des Planbeschlusses- hat der Rat der Stadt Langenhagen diesen Bebauungsplan Nr. 126 „Nördlich Godshorner Straße“, bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen, als Sitzung beschlossen.

Langenhagen, den ..... Siegel
Bürgermeister
Verfahrensvermerk des Bebauungsplans
Planunterlage
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte
Gemeinde: Langenhagen, Stadt
Gemarkung: Langenhagen Flur: 1
M 1 : 1000
Quelle:Auszug aus den Geobasisdaten der der Niedersächsichen Vermessungs- und Katasterverwaltung
© 2017
Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Antragsnummer: A-2405/2017, Stand vom 21.04.2017). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am ..... die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 126 „Nördlich Godshorner Straße“ im Bescheinigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ..... ortsüblich bekanntgemacht.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am ..... dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB / -§4 Abs.3 Satz 1 i.V.m.-§3 Abs.-2 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ..... in ..... sowie ab dem ..... auf der Homepage der Stadt Langenhagen bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit der Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom ..... gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen.
Langenhagen, den ..... Siegel
(Unterschrift)

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am ..... dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung mit Einschränkung gemäß § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit der Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom ..... bis ..... gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen.

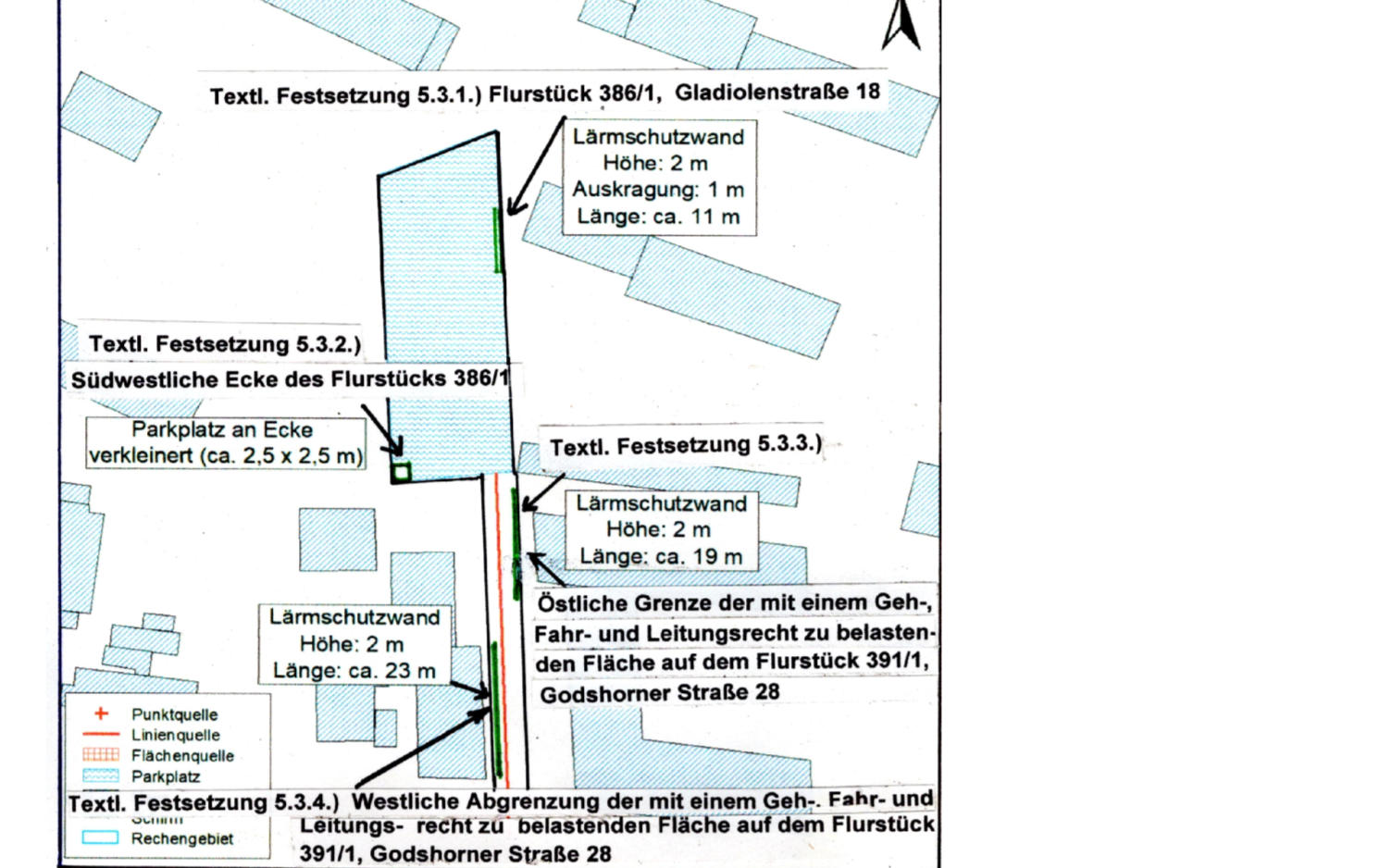
Der Rat der Stadt hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am ..... als Sitzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.
Langenhagen, den ..... Siegel
(Unterschrift)

Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gemäß § 10 Abs.3 BauGB am ..... im gemeinsamen Amtsblatt für die Region Hannover Nr. .... bekanntgemacht worden.
Der Bebauungsplan ist damit am ..... in Kraft getreten.
Langenhagen, den ..... Siegel
(Unterschrift)

Innerhalb von einem Jahr nach In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans und der Begründung nicht geltend gemacht worden.
Langenhagen, den ..... Siegel
(Unterschrift)

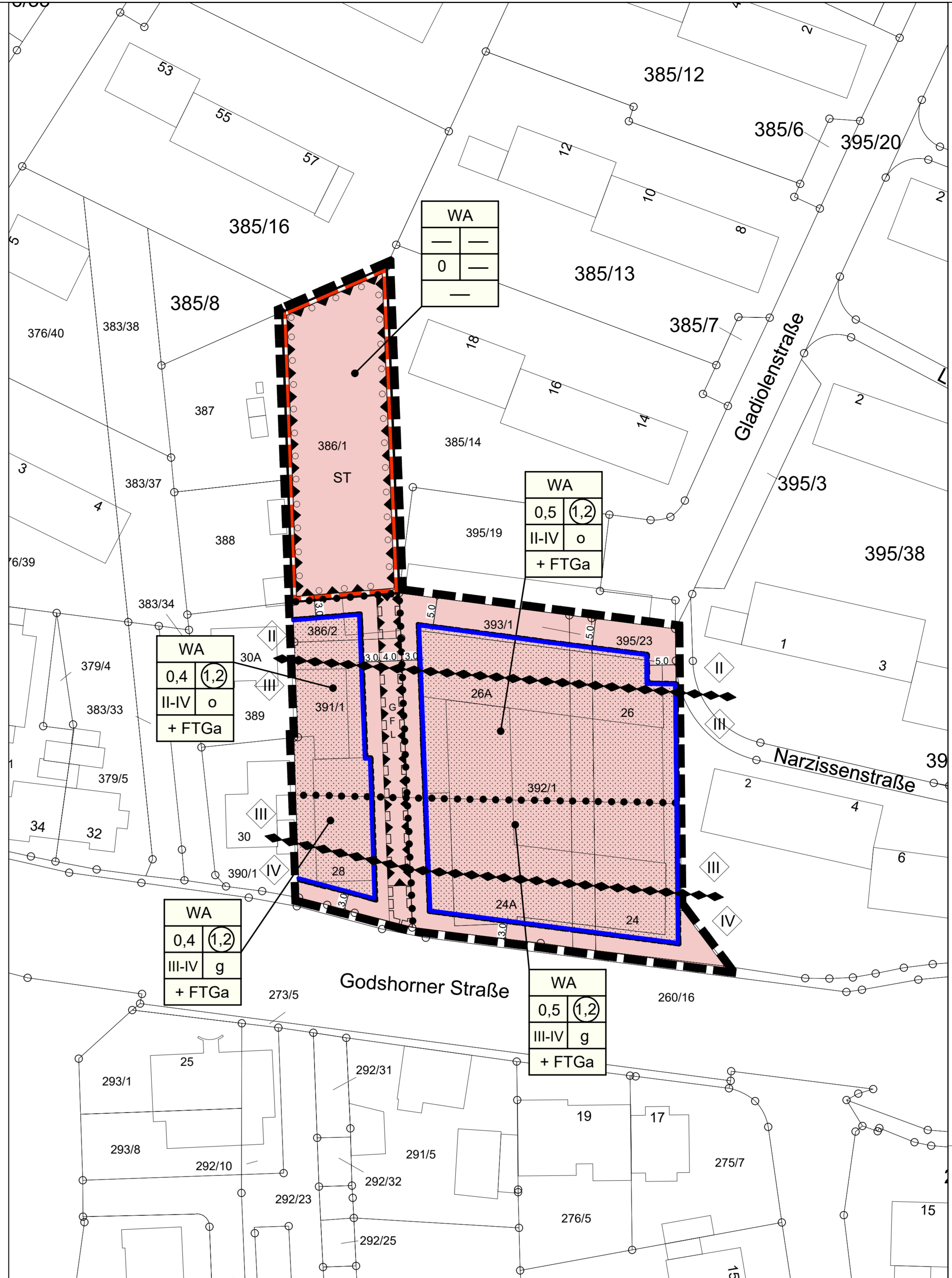
Textliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB)
1.) Art der baulichen Nutzung
In den Allgemeinen Wohngebieten WA1 sind die folgenden Ausnahmen gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplans (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO):
- Gartenbaubetriebe gemäß § 4 (3) Nr. 4 BauNVO
- Tankstellen gemäß § 4 (3) Nr. 5 BauNVO.
2.) Geschossfläche
In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 ist die zulässige Geschossfläche um die Fläche notwendiger Einstellplätze, die unter der Geländeoberfläche hergestellt werden, zu erhöhen (§ 21a (5) BauNVO).

5.2) Soweit sich durch Abschirmungseffekte die vorhandenen Außenlärmpegel nachweisbar reduzieren und entsprechend DIN 4109 geringere Anforderungen an die bewerteten SchalldämmmaÙe zugrunde zu legen sind, können gemäß § 31 (1) BauGB ausnahmsweise im Baugenehmigungsverfahren die Anforderungen an den passiven Schallschutz für die betroffenen Außenbauteile entsprechend heruntergestellt werden.
5.3) In der in der Planzeichnung festgesetzten Fläche für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sind die folgenden Maßnahmen vorzusehen, deren Standorte in der folgenden Abbildung festgesetzt werden (§ 9 (1) Nr. 24 BauGB):



5.3.1.) An der östlichen Grenze des Flurstücks 386/1 ist beiderseits des westlichen Eckpunkts des Gebäudes Gladiolenstraße 18, Flurstück 385/14, eine insgesamt 11 m lange und 2 m hohe Lärmschutzeinrichtung als Mauer oder geschlossener Palisadenzaun mit einer Auskragung von 1 m zu errichten.
5.3.2.) Der an der südwestlichen Ecke des Flurstücks 386/1 angeordnete Parkplatz ist auf eine Größe von maximal 2,50 m x 2,50 m zu begrenzen.
5.3.3.) An der östlichen Abgrenzung der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastenden Fläche auf dem Flurstück 391/1, Godshorner Straße 28, ist eine 19 m lange, 2,0 m hohe Lärmschutzeinrichtung als Mauer oder geschlossener Palisadenzaun zu errichten.
5.3.4.) An der westlichen Abgrenzung der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastenden Fläche auf dem Flurstück 391/1, Godshorner Straße 28, ist eine 23 m lange, 2,0 m hohe Lärmschutzeinrichtung als Mauer oder geschlossener Palisadenzaun zu errichten.
5.4) Die in der Planzeichnung mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht auf den Flurstücken 386/2 und 391/1 festgesetzte Zufahrt zu der Stellplatzanlage sowie die Fahrbahn auf der Stellplatzanlage sind mit geräuschdämmendem Gussasphalt zu belegen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB).
5.5.) Eine gewerbliche Nutzung der Stellplätze auf dem Flurstück 386/1 wie Geschäfts- oder Kundenparkplätze ist auszuschließen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB).
6.) Stellplätze
Sämtliche Stellplätze sind aus versickerungsfähigen Rasengrsteinen oder Rasenfugenpflaster mit mindestens 3 cm breiten Fugen oder Ökoplaster mit einer Durchlässigkeit von 270 l/s (ha) herzustellen. Die Durchlässigkeit ist dauerhaft sicherzustellen (§9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB).
7.) Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
7.1) Die in der Planzeichnung festgesetzte Fläche für Stellplätze auf dem Flurstück 386/1 ist an ihren Außenseiten mit Ausnahme einer maximal 6 m breiten Zufahrt auf einer Breite von mindestens 1,0 m mit Hainbuchenhecken einzuzüchten (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB).
7.2) Die Stellplätze sind durch ein Baumraster zu gliedern. Je 5 Stellplätze ist ein standortrechter Laubbau als Hochstamm mit mindestens 12 cm Wurzelraum (zu erfolgen ge-maÙ FLL-Richtlinien für Baumpflanzungen, Teil 1 und 2) und mindestens 9 qm großer Baumscheibe anzupflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang ist der Laubbau entsprechend der Festsetzung zu ersetzen. Die Baumpflanzungen sind ge-maÙ den FLL-Richtlinien mit einer Fertigstellungs- und Entwicklungs-pflege auszuführen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB).
7.3) Bei Neupflanzungen oder Ersatzpflanzungen nach Abgang sind Gehölze entsprechend der untenstehenden Gehölzliste dieser Festsetzung vorzusehen (§ 9 (1) Nr. 25 a BauGB).

Liste der heimischen Gehölzarten für den Siedlungsbereich (zu Textl. Festsetzungen Nr. 7)
Table with columns: Deutscher Name, Wissenschaftlicher Name, Höhe, Standort, Besonderheiten, Giftig. Includes trees like Spitz-Ahorn, Berg-Ahorn, Schwarz-Erle, Sand-Birke, etc.



PLANZEICHNUNG
Zeichnerische Festsetzungen
M=1:500 N

Table with columns: Sträucher, Name, Höhe, Standort, Blüte/Frucht, etc. Lists various shrubs like Roter Hartriegel, Hasel, Zweigriffliger Weißdorn, etc.

Planzeichenerklärung
gem. § 2 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleistpläne sowie über die Darstellung der Planinhalte vom 18.12.1990, zuletzt geändert am 04.05.2017 (BGBl. I S1057)
Art und Maß der Nutzung
WA Allgemeines Wohngebiet
z.B. 0,4 Grundflächenzahl
z.B. 1,2 Geschossflächenzahl
z.B. II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
z.B. III-IV Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höchstmaß
FTGa Die zulässige Geschossfläche erhöht sich um die Flächen notwendiger Garagen, die unter der Geländeoberfläche hergestellt werden.
Abgrenzung unterschiedlicher Arten und/oder Maße der Nutzung

Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche
o Offene Bauweise
g geschlossene Bauweise
Baugrenze
überbaubare Grundstücksfläche
Sonstige Planzeichen
ST Umgrenzung von Flächen für private Stellplätze
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
Immissionskennlinie: Abgrenzung von Bereichen mit unterschiedlichen Anforderungen an den passiven Schallschutz
Umgrenzung von Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

Baugestyp
Table with columns: Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl, Zahl der Vollgeschosse, Bauweise, Fläche von Tiefgaragen

Hinweise
Für diesen Bebauungsplan ist die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke 1990, letzte Änderung inkraftgetreten am 13.05.2017, maßgeblich.
Mit der Rechtskraft dieses Bebauungsplans werden diejenigen Bereiche des Bebauungsplans Nr. 80, "Nördlich der Godshorner Straße" und des Bebauungsplans Nr. 8, 1, Änderung der Stadt Langenhagen, die von dem Geltungsbereich dieses Bebauungsplans überlagert werden, außer Kraft gesetzt.

Altlasten: Die Grundstücke Godshorner Straße 24 - 26 und 28 sind aufgrund ehemaliger gewerblicher Nutzungen als Altlastenverdachtsflächen einzustufen. Für den Fall von geplanten Baumaßnahmen ist eine gutachterliche Überprüfung des Bodens erforderlich. Die zuständige Untere Bodenstchbehörde ist zu beteiligen.
Kampfmittel: Der Stadt Langenhagen liegen nach Auswertung aktuell verfügbarer Luftbilder keine unmittelbaren Erkenntnisse darüber vor, die eine Kampfmittelbelastung im Plangebiet vermuten lassen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass noch Kampfmittel (Bomben, Granaten, Munition etc.) vorhanden sind, von denen eine Gefahr ausgehen kann. Um größtmögliche Sicherheiten zu erhalten, wird grundsätzlich empfohlen, vor Bodeneingriffen Erkundungsmaßnahmen z.B. in Form einer Sondierung (Baubauhüberwachung, Tiefensondierung o.Ä.) zu veranlassen. Diese Maßnahmen sind grundsätzlich durch eine fachkundige Firma durchzuführen; die Kosten sind von dem Auftraggeber zu tragen.
Regenwasser: Das anfallende Regenwasser ist gemäß der geltenden Satzung der Stadt Langenhagen über die öffentliche Niederschlagswasserbeseitigung vom 03.02.2014 in der Fassung vom 23.03.2016 auf den Grundstücken zu versickern und/oder zurückzuführen. Die Region Hannover ist hierzu im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu beteiligen.

DIN-Normen und sonstige außerstaatliche Regelwerke: Die Festlegung passiver Schallschutzmaßnahmen nimmt Bezug auf die Regelungen der DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ und die VDI-Richtlinie 2791. Zum Schutz von Gehölzbeständen ist die DIN 18920 zu beachten.
Diese können bei der Stadt Langenhagen, Abt. 61, Stadtplanung und Geoinformation zu den üblichen Öffnungszeiten oder nach vorheriger Terminvereinbarung eingesehen werden.

